

<Alter Zopf> abgeschnitten

Autor(en): Dominique Spirgi

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1999

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/562a9078-a7dd-4123-b754-57647b8f52bf>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

«Alter Zopf» abgeschnitten

Dominique Spirgi

Basel verzichtet auf die Billettsteuer

Rund achtzig Jahre nach deren Einführung hat der Kanton Basel-Stadt die Billettsteuer abgeschafft. Die Sport- und Kulturveranstalter freuen sich – und die Regierung hofft, dass sich Basel nun als einträglicher Event-Standort profilieren kann.

Das Abstimmungsresultat war deutlich: mit grossem Mehr gegen nur drei Gegenstimmen votierte der Basler Grosse Rat im Juni 1999 für die Abschaffung der Billettsteuer von 15 Prozent. Damit zog Basel mit Zürich gleich, wo bereits seit zehn Jahren auf die Besteuerung der Eintrittspreise für Sport- und Kulturveranstaltungen verzichtet wird. Die Klarheit dieses Abstimmungsresultates überrascht angesichts der langwierigen Debatte, die der Abschaffung vorausgegangen war.

Billiger ins Theater? Der Wegfall der Billettsteuer könnte die Eintrittspreise sinken lassen.



Obolus für Bedürftige

Die Billettsteuer auf «Aufführungen und Vorstellungen, für deren Besuch in irgendwelcher Form Bezahlung verlangt wird», führte Basel 1920 ein. Der Kanton wollte aus dem Unterhaltungsbedürfnis der einkommenstarken Schichten Geld für Fürsorgeleistungen abschöpfen. Man ging davon aus, dass Leute, die sich den Luxus des Besuchs von Kulturveranstaltungen leisten können, auch finanzkräftig genug sind, einen Steueraufschlag auf die Eintrittspreise zu berappen. Nicht nur Basel dachte so. Der Kanton Genf, der 1823 als erster

eine Billettsteuer («Droit des pauvres») eingeführt hat, lässt die Abgaben heute noch zweckgebunden in einen Topf für Sozialausgaben fliessen. Neben Genf erheben unter anderem Bern, Luzern, Lausanne und St. Gallen Billettsteuern zwischen 10 und 15 Prozent.

Spätestens seit den sechziger Jahren betrachtet kaum jemand mehr Kultur- und Sportveranstaltungen als Luxusgut. Darüber hinaus werden kulturelle und sportliche Zentrumsleistungen immer öfter auch als wichtiger Aspekt im Standortmarketing genannt. «Angesichts des zunehmenden Standortwettbewerbs, dem sich der Lebens- und Werkplatz Basel zu stellen hat, werden die Bereiche industrielle und universitäre Forschung zum einen

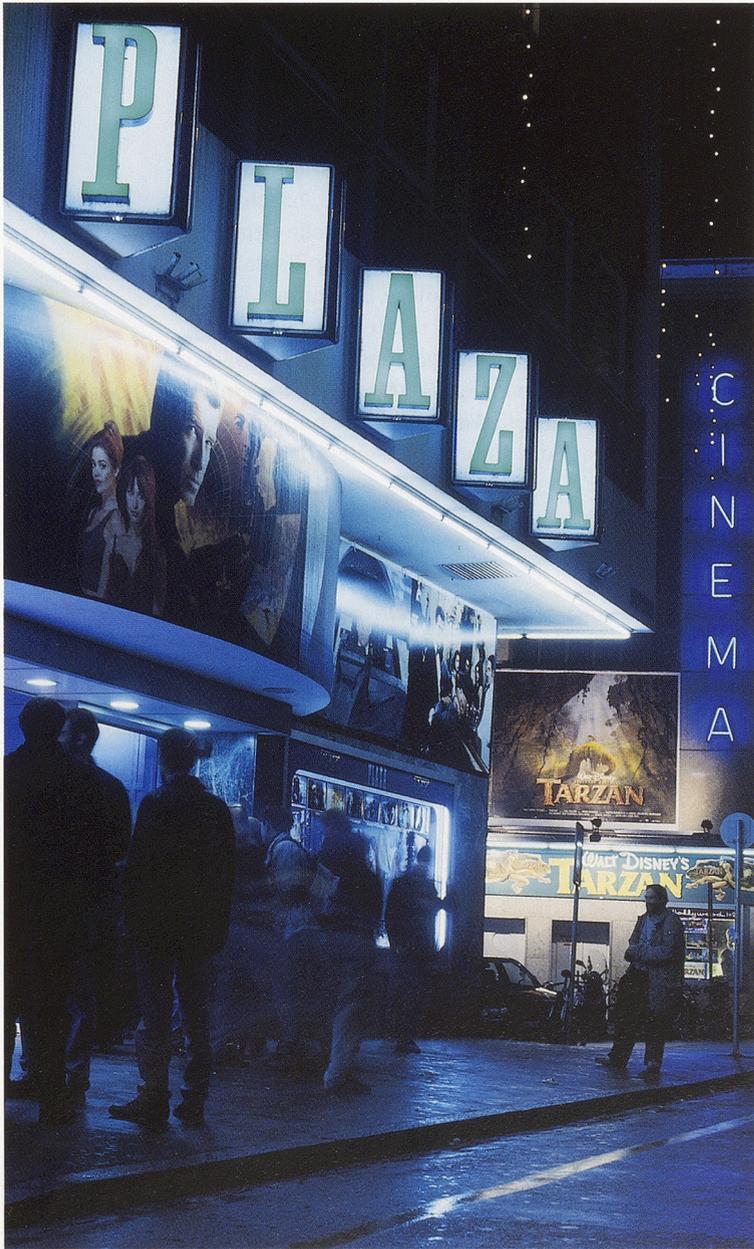
und Kultur zum anderen noch mehr an Bedeutung gewinnen», heisst es im Kulturleitbild aus dem Jahr 1998 dazu.

Zum Schaden der Kultur

Der Umstand, dass sich die Konkurrenzstadt Zürich von der Billettsteuer verabschiedet hatte, brachte Basel im Standortwettbewerb um kulturelle Grossveranstaltungen tatsächlich in Zugzwang. Es dauerte indes seine Zeit, bis sich diese Erkenntnis durchsetzen konnte. Die erste Hälfte der neunziger Jahre war im Gegenteil von Sparmassnahmen bei der Kulturförderung geprägt. Das Loch in der Staatskasse liess das offizielle Basel auch nicht daran denken, auf der Einnahmenseite Abstriche in

Kulturelle Leistungen gehören heute zum Basisangebot einer Grossstadt und werden zunehmend als Standortfaktor erkannt.





Anfang der neunziger Jahre noch hatte eine Initiative zur Abschaffung der Billettsteuer keine Chance: weder die politischen Parteien noch die Kulturveranstalter wollten sich engagieren.

Kauf zu nehmen. Entsprechend blieben Versuche von kleineren Veranstaltern, die Billettsteuer abzuschaffen oder deren Sinn und Zweck zu ändern, vorerst chancenlos.

1989 hatte die ehemalige Basler Stadtausgabe der Boulevardzeitung «Blick» eine Initiative für die Abschaffung dieser Abgaben eingereicht. Der damalige Chefredaktor Walter Schäfer erinnert sich, dass diese Idee in der Bevölkerung zwar auf Anklang stiess: «Wir hatten an einem einzigen Samstag in der Freien Strasse über 6000 Unterschriften gesammelt.» Dennoch wurde die Initiative 1993 zurückgezogen. Der eigentliche Initiant «Blick Basel» hatte sein Erscheinen eingestellt, und bei den politischen Parteien fand sich niemand, der eine Abstimmungskampagne tragen wollte. Dazu hatte der damalige Vorsteher des Polizei- und Militärdepartements, Karl Schnyder, zugesichert, dass er den Kleintheatern auf andere Weise entgegenkommen würde. Den Tatbeweis blieb Schnyder allerdings schuldig. Auf einen Vorstoss des Theaters im Teufelhof zeigte sich die Regierung nicht gesprächsbereit. Die Kabarett-Bühne hatte vorgeschlagen, die Billettsteuer-Einnahmen zweckbestimmt der Kulturförderung zukommen zu lassen.

Dukaten für den Staatssäckel

Der hochverschuldete Kanton war weit davon entfernt, an eine Abschaffung der Billettsteuer auch nur zu denken. Grosse Openair-Konzerte im Fussballstadion St. Jakob liessen die Kasse klingeln. Die Aussicht auf zusätzliche Einnahmen verführte den Kanton sogar dazu, tief in den Investitionstopf zu greifen. Im Frühling 1994 bewilligte der Grosse Rat einen Investitionsbeitrag von zehn Millionen Franken an den Bau des Musical-Theaters der Messe Basel in der festen Erwartung, dass dieses Geld über die Billettsteuer rasch wieder zurückfliessen werde. 1996 sah es denn auch so aus, als ob diese Rechnung aufginge: Knapp zwölf Millionen Franken Billettsteuer-Einnahmen konnte der Kanton dank «Phantom of the Opera», Bob Dylan, Michael Jackson und Co. einsacken.

Kurz darauf aber folgte die Ernüchterung. Die Basler Musical-Euphorie fand ein abruptes Ende – und die Openair-Konzertveranstalter waren, gerade wegen der Billettsteuer, weggezogen. Mit den lokalen Institutionen liess sich kein grosses Geschäft machen. 1998 kamen nur noch rund 6,5 Millionen Franken herein.

Den alten Zopf abschneiden

Dies führte schliesslich zum Umdenken. Die Steuer wandelte sich in der offiziellen Auffassung zum Wettbewerbsnachteil, zum «alten Zopf», der abgeschnitten gehört. «Der Regierungsrat ist überzeugt, dass der Verzicht auf die Billettsteuer den Wirtschafts- und Kulturstandort Basel fördert», recht-

fertigte die Exekutive im vergangenen Jahr ihren Antrag, das Billettsteuergesetz ersatzlos aufzuheben. Den Ausfall an Steuereinnahmen glaubt sie über die Attraktivitätssteigerung wieder wettmachen zu können: Wenn Basel für grosse Veranstaltungen erneut attraktiv werde, profitiere davon das lokale Gewerbe und damit indirekt auch die Staatskasse. Offenlassen wollte die Regierung, ob bei den grossen Subventionsnehmern wie dem Theater Basel oder der Stiftung Basler Orchester diese «stille Subventionserhöhung» allenfalls durch eine Kürzung der Staatsbeiträge auszugleichen sei.

Dennoch benötigte die Abschaffung der Billettsteuer im Grossen Rat zwei Anläufe. Namentlich die Ratslinke wollte den Einnahmefall nicht so

Die Steigerung der kulturellen Attraktivität soll den Ausfall der bisherigen Einnahmen wettmachen.



ohne weiteres in Kauf nehmen. So wurde Mitte Januar die Steuerkommission damit beauftragt, nach Zwischenlösungen zu suchen. Diese kam dann aber bereits wenige Monate darauf zum Schluss, dass Kompromisslösungen, wie eine gestaffelte Steuer oder eine separate Besteuerung kommerzieller Veranstalter, etwa mit einer speziellen Kino-steuer, praktisch und rechtlich problematisch wären. Im Juni schliesslich folgte das Parlament der Empfehlung seiner Kommission und schaffte die Billettsteuer ersatzlos ab. Allerdings nicht ohne zu betonen, dass der Kanton künftig bei Grossveranstaltungen nicht nur die Kosten für den Polizei- oder Sanitätseinsatz, sondern auch den Zusatzaufwand der Basler Verkehrsbetriebe den Verantwortlichen in Rechnung zu stellen habe.

Äusserst erfreulich

Als «äusserst erfreulich» wertet Andreas Spillmann, Leiter des Ressorts Kultur im Basler Erziehungsdepartement, die Abschaffung. «Nach Jahren der Subventionskürzungen war es an der Zeit, wieder einmal ein klar positives Zeichen in Sachen Kulturförderung auszusenden.» Der Kulturverantwortliche im Kanton freut sich in erster Linie über die «stille Subventionserhöhung» für die lokalen Kulturveranstalter. Und diese haben der Streichung der Steuer zumindest zu einem Teil prompt eine Senkung der Eintrittspreise folgen lassen. Aufatmen kann die Stiftung Basler Orchester. Die Regierung hat in den Verhandlungen über die Subventionsperiode von 2001 bis 2006 auf eine «Kompensation des Einnahmefalls» verzichtet.

Freude auch bei den Grossveranstaltern. André Béchir von der grössten Schweizer Konzertagentur Good News betont, dass Basel als Austragungsort ihrer Grossveranstaltungen wieder in Frage käme. Nicht ganz so ungetrübt freuen über die Entlastung können sich die Veranstalter im Musical-Theater. Denn kaum war die Billettsteuer abgeschafft, kündigte die Theaterbesitzerin Messe Basel eine Mieterhöhung an. Zwar sprechen sowohl die Messe als auch der Dauermieter und Zürcher Entertainment-Unternehmer Freddy Burger nur von einer «leichten Anpassung». Für kleinere Veranstalter dürfte

nun aber eine Miete für Einzelveranstaltungen von schätzungsweise rund 16 000 Franken pro Tag die Schmerzgrenze erreicht haben.

... ausser in der St. Jakobshalle

Der Kanton Basel-Stadt hat die Billettsteuer abgeschafft. Dennoch gibt es weiterhin Basler Grossanlässe, für die 15 Prozent Steuern auf die Eintrittspreise abgegeben werden müssen. Betroffen sind die Veranstaltungen in der «Basler» St. Jakobshalle. Diese Halle liegt nämlich auf dem Gebiet der Baselbieter Gemeinde Münchenstein. Und die Gemeinde möchte freiwillig nicht auf diese Einnahmen verzichten – sehr zum Unmut beispielsweise von Veranstaltern wie Roger Brennwald, der die jährlichen «Swiss Indoors» im Männertennis organisiert. Als eine der letzten Billettsteuer-Bastionen in der Nordwestschweiz gerät die Gemeinde allerdings mehr und mehr unter Druck. So hat der Baselbieter Landrat im vergangenen Jahr ein Postulat an die Regierung überwiesen mit der Anregung, die kantonale Gesetzesbestimmung über die Billettsteuern ebenfalls zu streichen.